

der Grenzkontrollen, um gegen illegale Einwanderung vorgehen zu können. Systematische Grenzkontrollen sind angesichts der Grösse des Grenzwachtkorps und der Menge an Grenzübertritte in die Schweiz nicht realistisch. Eine Schliessung der Grenzen wäre nur mit Zäunen möglich und für diese drastische Massnahme besteht momentan keine Veranlassung. Den Risiken, welche die Einwanderung mit sich bringt, muss die Schweiz

begegnen können. Hier sehe ich die Erhöhung der Ressourcen für den Nachrichtendienst, damit ein allfälliger terroristischer Hintergrund von Einreisenden entdeckt werden kann. Rückschaffungen sind gesetzeskonform und konsequent umzusetzen und weitere Rücknahmeabkommen sind abzuschliessen. Das revidierte Asylgesetz wird die Verfahren in der Schweiz beschleunigen damit bei der Mehrheit der Asylgesuche innerhalb von

140 Tage ein Entscheid gefällt werden kann. Die Wegweisung abgewiesener Asylsuchende wird dadurch beschleunigt. Es ist daher angesichts des steigenden Drucks auf das Schweizer Asylsystem umso unverständlicher, dass gegen dieses Gesetz das Referendum ergriffen wurde.

Damian, ich danke für das Interview und wünsche dir weiterhin gutes Gelingen in Bern.
Ruedi Bachmann

Auch beim Bund muss gespart werden!

Bericht von Nationalrat Albert Vitali aus dem Bundeshaus

Bericht von Nationalrat Albert Vitali direkt aus dem Bundeshaus

Mit der Aufhebung des Euro-Mindestkurses in einem stetig düster werdenden internationalen Umfeld, kann es nicht sein, dass Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen immer mehr auf ihre Finanzen schauen müssen, während dem die Ausgaben des Bundes von Jahr zu Jahr stetig wachsen. Ein grosser Teil dieser Ausgaben wird von übertriebener Bürokratie und einer ständig wachsenden Bundesverwaltung generiert.

Systematische Kontrolle von staatlichen Aufgaben

Staatliche Aufgaben müssen systematisch nach dem Pflichtenheft und den Effizienz- und Notwendigkeitskriterien des Bundes kontrolliert werden. Das Wachstum des Personals der Bundesverwaltung muss plafoniert werden, sowie der Aufwand für Beratungen und externe Dienstleistungen.

Stabilisierungsprogramm 2017 – 2019 unterstützen

Mit dem Stabilisierungsprogramm 2017 – 2019 können zukünftige Einsparungen erzielt werden. Ab 2017 soll der Bundeshaushalt um knapp 800 Millionen entlastet werden. In darauffolgenden Jahren sollen

Entlastungen im Umfang einer weiteren Milliarde erzielt werden. Für die FDP ist es zentral, dass sich Sparmassnahmen und Kürzungen auf alle Departemente des Bundes verteilen, denn alle wollen sparen, nur meistens bei den andern. Es wurde festgestellt, dass den Departementen vom Bund jeweils eine Teuerung von ca. 1,5% ausbezahlt wurde. Die Bundesämter gaben dieses Geld aus, obwohl es seit Jahren keine Teuerung mehr gab. Dieser Fall wird nun genauer untersucht.

Weniger Geld für Entwicklungshilfe

Die FDP ist der Meinung, dass genauso wie alle anderen Be-



Albert Vitali, Nationalrat

reiche des Bundes auch die Entwicklungshilfe ihren Beitrag zum Sparen leisten soll. Die Finanzkommission stimmte dieser Sparmassnahme zu. Die Gelder für humanitäre Hilfe von 2 Milliarden Franken wurden jedoch davon ausgeklammert. Diese Hilfe vor Ort ist wichtig, muss jedoch künftig an eine

Rückführungspflicht gebunden werden. Bereits 2013 setzte ich mich mit einer Motion dafür ein, dass die Höhe der Entwicklungshilfegelder hinterfragt wird. Damals lehnte das Parlament die Motion noch ab.

Ankunft in der Neuzeit bei der DNA-Untersuchung

Der Nationalrat sprach sich in der letzten Session sehr klar für meine Motion aus, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, damit in Ausnahmefällen die Untersuchung der codierenden Abschnitte ermöglicht werden sollen. Somit wird der Strafverfolgungsbehörde erlaubt, Täter

von schwerwiegend gewalttätigen Straftaten wie beispielsweise Mord oder Vergewaltigung durch die Auswertung der codierenden DNA-Abschnitte und somit der persönlichen Eigenschaften gezielter zu verfolgen. Damit können Hinweise wie z. B. Augen-, Haar- oder Hautfarbe eruiert werden. Die Polizei arbeitet heute immer noch mit den Methoden aus dem letzten Jahrhundert, nämlich mit Phantombildern und Fingerabdrücken. Die neuen wissenschaftlichen Möglichkeiten von DNA-Analysen werden wegen falsch verstandenem Datenschutz nicht voll

ausgeschöpft. In Zeiten, wo in Ausnahmefällen auch der Internet-Pranger erlaubt ist, dürfen Mörder und Vergewaltiger nicht straffrei ausgehen, nur weil man die wissenschaftlichen Möglichkeiten nicht ausnützt. Ich verfolge die Absicht, dass DNA-Massentests wie im Fall Emmen nicht mehr nötig sein werden. Ich hoffe, dass auch der Ständerat meiner Motion zustimmen wird.

Die Arbeit geht in Bundesbern nicht aus und ich freue mich, dass ich an den künftigen Herausforderungen mitarbeiten darf. *Albert Vitali, Nationalrat*

Wahlaufruf - Gemeinderatswahlen 2016

Liebe Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von Knutwil und St. Erhard

Am 1. Mai 2016 haben Sie die Gelegenheit, den Gemeinderat von Knutwil-St. Erhard zu wählen.

Wir danken Ihnen für die Unterstützung unserer Kandidaten:

- **Peter Boog, St. Erhard**
- **Roland Zürcher, St. Erhard**

Wir freuen uns, Sie an unserer Wahlfeier am Sonntag, 1. Mai 2016, ab 14.00 Uhr, im Restaurant Rössli, Knutwil, zu begrüßen.

Nächster Partei-Termin:

31. Mai 2016

Parteiversammlung

Haus Gemini, Ecke Kantonsstrasse/Mauenseestrasse
19.30 Uhr

FDP Knutwil-St. Erhard, Vorstand